

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Garrelt Duin, Hubertus Heil (Peine), Rolf Hempelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/9729 –

**Für ein konzeptionelles Vorgehen der Bundesregierung bei der Energiewende –
Masterplan Energiewende**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Bärbel Höhn, Kerstin Andreae, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/11004 –

Kosten und Nutzen der Energiewende fair verteilen

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Künast, Bärbel Höhn, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/11030 –

**Bezahlbare Energie sichern durch Einsparung, Erneuerbare und mehr
Verbraucherrechte**

A. Problem

Zu Buchstabe a

Schaffung von Rahmenbedingungen für die Veränderung des Energiesystems durch einen „Masterplan Energiewende“.

Zu Buchstabe b

Faire Verteilung der Energiekosten durch den Abbau von Privilegien für Unternehmen, Vermeidung von Zusatzbelastungen für Privathaushalte und Mittelstand.

Zu Buchstabe c

Sicherstellung der Bezahlbarkeit der Energieversorgung der privaten Haushalte.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9729 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11004 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11030 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a bis c

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Zu den Buchstaben a bis c

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

Zu den Buchstaben a bis c

Keiner.

F. Weitere Kosten

Zu den Buchstaben a bis c

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/9729 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/11004 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 17/11030 abzulehnen.

Berlin, den 28. November 2012

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Thomas Bareiß
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Thomas Bareiß

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/9729** wurde in der 182. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Mai 2012 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/11004** wurde in der 198. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Oktober 2012 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache 17/11030** wurde in der 199. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Oktober 2012 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Nach Ansicht der den Antrag stellenden Fraktion der SPD verunsichert das Ausbleiben eines schlüssigen und abgestimmten Energiekonzepts Energieversorger, Industrie sowie Verbraucherinnen und Verbraucher. Diese Verunsicherung hemme notwendige Investitionen und gefährde die Versorgungssicherheit. Mit ihrem Antrag fordert die Fraktion der SPD die Bundesregierung auf, einen „Masterplan Energiewende“ aufzustellen, der alle Maßnahmen zur Förderung der Energieeinsparung und -effizienz, für den Ausbau der erneuerbaren Energien, für den Ausbau der Übertragungs- und Speicherinfrastrukturen und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch ergänzende hocheffiziente konventionelle Kapazitäten umfassen solle. Dieser „Masterplan Energiewende“ müsse von einem aussagekräftigen Monitoring aller Prozesse begleitet werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/9729 verwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt darauf ab, die Unternehmen fair an den Kosten der Energiewende zu beteiligen, ohne diese wirtschaftlich zu überfordern. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Ausweitung der Befreiungen für die stromintensiven Unternehmen in § 19 der Stromnetzentgeltverordnung rückgängig zu machen. Die Anforderungen an die Besondere Ausgleichs-

regelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sollten auf den Stand von 2008 zurückgeführt werden. Für die durch Ausgleichs- und Eigenstromregelung begünstigten Unternehmen solle eine EEG-Umlage in Höhe von 0,5 Cent/Kilowattstunde als Ausgleich für den Merit-Order-Effekt und eine angemessene Beteiligung an den Kosten der Energiewende eingeführt werden. Das Marktprämienmodell sowie die damit verbundene Zahlung einer Managementprämie müsse beendet werden. Die Liquiditätsreserve im EEG solle weiterhin auf 3 Prozent des Umlagevolumens begrenzt werden, statt diese auf 10 Prozent zu erhöhen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/11004 verwiesen.

Zu Buchstabe c

Die den Antrag stellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht viele Haushalte wegen des starken Anstiegs der Energiepreise in den vergangenen Jahren überfordert. Sie möchte vor allem über Einsparungen beim Energieverbrauch die Bezahlbarkeit der Energieversorgung der privaten Haushalte sicherstellen. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, einen Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd. Euro einzurichten, aus dem unter anderem eine verstärkte Energieberatung finanziert werden soll. Außerdem müsse das Sperren der Gas- und Stromversorgung von Privathaushalten gesetzlich eingeschränkt werden. Die Regelsätze nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch müssten auf ein Niveau angehoben werden, das eine Grundversorgung an Wärme und Strom sicherstelle. Zudem müsse der fossile Wärmeverbrauch von Gebäuden mit einer Reihe von im Antrag näher bezeichneten Maßnahmen gesenkt werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/11030 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/9729 in seiner 75. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/9729 in seiner 75. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11004 in seiner 110. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der

CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/11004 in seiner 85. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/11030 in seiner 82. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/11030 in seiner 117. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/11030 in seiner 85. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11030 in seiner 69. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge auf Drucksachen 17/9729, 17/11004 und 17/11030 in seiner 86. Sitzung am 28. November 2012 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte, dass sich die Energiepolitik der Bundesregierung gegenwärtig im Wesentlichen im Reagieren auf zutage getretene Probleme erschöpfe. Sie vermisste ein klares Konzept und darauf basierend einen Masterplan, der natürlich ein stetiges Monitoring erfordere. Dazu gehöre auch eine klare Zuordnung der Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung. Die Fraktion der SPD schlage daher vor, im Bundeskanzleramt die Position eines für die Koordination der Energiepolitik zuständigen Kanzleramtsministers zu schaffen. Dieser müsse dafür sorgen, dass die betroffenen Ressorts in einer zumutbaren Zeit im Rahmen des vereinbarten Konzepts zu einer Verständigung kämen.

Ferner müsse zu seinen Aufgaben die Abstimmung mit den Ländern gerechnet werden. Gelegentliche Gipfeltreffen seien nicht ausreichend. Hier sei vielmehr harte Alltagsarbeit zu bewältigen. Dazu sei die Schaffung von entsprechenden Strukturen erforderlich. Schließlich müsse die Bundesregierung über einen solchen Kanzleramtsminister in Brüssel in Sachen Energiepolitik mit einer Stimme auftreten, um Einfluss auf die Entwicklung der europäischen Energiepolitik auszuüben und darauf zu achten, dass die deutsche Energiepolitik in den europäischen Rahmen eingebettet sei.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** wiesen darauf hin, dass bereits seit zwei Jahren ein Energiekonzept vorliege, in dem genaue Zielsetzungen und Fahrpläne beschrieben seien. Es komme jetzt darauf an, dieses Konzept Stück für Stück umzusetzen. Hier seien auch die Oppositionsfraktionen gefordert. Zu erinnern sei an die gegenwärtigen Diskussionen im Bereich der Energieeffizienz, wo die von den Oppositionsfraktionen geführten Bundesländer, nicht etwa aus sachlichen Erwägungen heraus, sondern nur um die Verwirklichung des Energiekonzeptes zu verhindern, eine Blockadehaltung einnahmen. Mit der am heutigen Tage beschlossenen Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes werde ein weiterer wichtiger Baustein der Energiewende umgesetzt. Notwendig sei jetzt nicht die Schaffung neuer Strukturen, sondern die schrittweise Umsetzung der dargestellten Ziele. Die Oppositionsfraktionen seien aufgefordert, sich in diesen Prozess konstruktiv einzubringen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, dass die Energieversorgung eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sei. Sie gehöre zur Daseinsvorsorge und müsse als soziales Recht durch geeignete Regelungen verankert und jederzeit gewährleistet werden. Die hohe Zahl durchgeführter Stromsperrungen sei unerträglich und unter anderem auf die Gestaltung der Energiewende durch die Bundesregierung zurückzuführen. Eine Debatte über eine staatliche Strompreisaufsicht sei dringend erforderlich. Zudem müsse ein Sockeltarifmodell geschaffen werden, bei dem jedem Privathaushalt ein an der Haushaltsgröße orientiertes kostenloses Grundkontingent an Strom zustehen sollte. Der darüber hinausgehende Verbrauch solle steigenden Tarifen unterliegen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legte dar, dass die privaten Haushalte einseitig mit den Kosten der Energiewende belastet würden, während die Industrie nicht ausreichend beteiligt werde. Die Ausweitung der Befreiungen für stromintensive Unternehmen müsse rückgängig gemacht und die Marktprämie abgeschafft werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssten unter anderem durch Beratung in die Lage versetzt werden, Energie zu sparen. Die geplante Erhöhung der Liquiditätsreserve im EEG sei nicht erforderlich und belaste die Bevölkerung nur unnötig. Die Forderung nach einem Verbot von Stromsperrungen werde nicht geteilt. Vielmehr gehe es um die Vermeidung der Sperrungen, etwa durch qualifizierte Energieberatung und die Vereinbarung von Ratenzahlungen. Dass dies funktioniere, könne man am Beispiel der Stadt Wuppertal nachvollziehen. In den eigenen Anträgen würden konkrete Vorschläge zur Reduzierung der Kostenbelastung der Bürgerinnen und Bürger gemacht und die zu ergreifenden Maßnahmen benannt.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9729 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11004 zu empfehlen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11030 zu empfehlen.

Berlin, den 28. November 2012

Thomas Bareiß
Berichterstatter

